

Politische Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten: Wie die Sorge vor Extremismus und Issue-Ownership die Wahlabsicht prägen

Reinhold Melcher und Christoph Meißelbach

Abstract:

Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwiefern politische Kriminalitätsfurcht – verstanden als die Sorge vor Extremismus und politisch motivierter Kriminalität – das Wahlverhalten beeinflusst. Konkret wird untersucht, ob es sich bei der Bekämpfung von politischer Kriminalität und Extremismus eher um ein Politikfeld handelt, für das moderaten demokratischen Parteien eine besondere Kompetenz zugeschrieben wird (»Valenzissue«), oder ob das Themenfeld unter ideologischen Widersachern politisch deutlich umstritten ist (»Positionssissue«). Die Frage wird empirisch auf der Grundlage des PaWaKS-Datensatzes untersucht, der es ermöglicht, sowohl intra- als auch interindividuelle Veränderungen über die Zeit hinweg zu analysieren. Dies geschieht durch den Einsatz multinomialer Mehrebenenmodelle und bayesianischer Schätzverfahren. Auf dieser Grundlage wird untersucht, wie die Wahlabsicht durch die wahrgenommene Entwicklung politisch motivierter Straftaten sowie durch die Sorge vor Extremismus beeinflusst wird. Es wird gezeigt, dass eine erhöhte politische Kriminalitätsfurcht die Wahrscheinlichkeit, Parteien der politischen Mitte zu wählen, nicht bedeutsam erhöht. Stattdessen verstärkt die Sorge vor Rechtsextremismus die Neigung, Parteien des linken Spektrums zu unterstützen, während die Sorge vor Linksextremismus eine Wahlabsicht zugunsten rechter Parteien wahrscheinlicher macht. Ausweislich dieser Befunde ist der Abwehrkampf gegen Extremismus offenbar ein Positionssissue, das weitgehend in ideologischen Konfliktlinien verhaftet bleibt. Politische Kriminalitätsfurcht ist mithin nicht exogen, sondern wird anscheinend selbst von bestehenden politischen Überzeugungen beeinflusst.

1. Sicherheitsgefühl als blinder Fleck der Wahlforschung

Die individuelle Themenorientierung ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor des Wahlverhaltens – und damit zusammenhängend die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Wähler:innen (Campbell et al., 1980; Miller & Shanks, 1996). Die Salienztheorie (Budge, 1994; Budge & Farlie, 1983) liefert dafür eine plausible Erklärung: Menschen treffen ihre Wahlentscheidung auf der Grundlage ihrer subjektiven Wahrnehmung dazu, welche für sie wichtigen Probleme sich politisch gerade stellen und welchen Parteien sie für deren Lösung eine Kompetenz zuschreiben (Arzheimer & Schmitt, 2014, S. 373). Gut dokumentiert ist in diesem Zusammenhang, dass – gemäß der ökonomischen Theorie des Wählens – die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage die Wahlentscheidung der Menschen maßgeblich beeinflusst (siehe etwa Anderson, 2007; Gomez & Wilson, 2001, 2003).

Unklar ist bislang jedoch, ob sich die zentralen theoretischen Argumente des themenorientierten (und ökonomischen) Wählens auch auf den Einfluss der wahrgenommenen Sicherheits- bzw. Kriminalitätslage übertragen lassen. Nur in der Rechtsextremismus- und Rechtspopulismusforschung spielt die individuelle Sicherheitswahrnehmung gelegentlich eine Rolle, weil sich Rechtsaußenparteien sicherheitspolitischer Narrative mit xenophobem Sujet bedienen, um die Kriminalitätsfurcht der Menschen anzusprechen (siehe auch Fitzgerald et al., 2012; Schuermans & Maesschalck, 2010, S. 247). Dass diese Themenfokussierung durchaus erfolgreich sein kann, wurde bereits in empirischen Untersuchungen gezeigt (Mudde, 2007, S. 224). Ihnen zufolge profitieren rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien bei Wahlen sowohl von höheren nationalen Kriminalitätsraten (Dinas & van Spanje, 2011, S. 669; Smith, 2010, S. 1483–1484)¹ als auch von größerer wahrgenommener Kriminalität (Schuermans & Maesschalck, 2010, S. 258). Diesen Parteien gelingt es offenbar, sich gegenüber ihrem potenziellen Elektorat bei diesen Themen als besonders kompetent zu positionieren und mithin sogenannte ›issue-ownership‹ zu erlangen.

Von diesen selektiven und nur auf eine bestimmte Parteienfamilie bezogenen Einzelbefunden abgesehen, ist die Bedeutung von sicherheits- und kriminalitätsbezogenen Einstellungen für die Wahlentscheidung bisher kaum systematisch untersucht worden. Dies gilt für das individuell wahrgenommene Risiko, selbst Opfer zu werden, und das kriminalitäts-

1 Dieser Zusammenhang zeigte sich auch für lokale Kriminalitätsraten, z. B. in Melcher (2018, S. 386–388) sowie Rydgren und Ruth (2011, S. 224)

bezogene Furchtempfinden (»personale Kriminalitätsfurcht«) ebenso wie für die wahrgenommene Entwicklung der Kriminalität bzw. die davon ausgehende gesellschaftliche Bedrohungslage (»soziale Kriminalitätsfurcht«). Mit Blick auf die soziale Ebene der Kriminalitätsfurcht ist deshalb auch noch unklar, ob und inwiefern die Einschätzung der Entwicklung politisch motivierter Kriminalität (PMK) und die wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch politischen Extremismus die Wahlentscheidung prägen. Befunde in Melcher et al. (2024 i. E.) deuten zumindest auf bedeutsame Unterschiede bei einer solchen ›politischen Kriminalitätsfurcht‹ zwischen den Elektoraten von Grünen und AfD hin: Während ca. 80 Prozent der Wähler:innen der Grünen die Demokratie besonders durch Rechtsextremismus bedroht sehen, sind es beim AfD-Elektorat nur 16 Prozent. Hingegen sehen 56 Prozent der Wähler:innen der AfD eine hohe oder sehr hohe Bedrohung durch Linksextremismus, während dieser Wert bei den Grünen nur 16 Prozent beträgt.

Im Beitrag wird deshalb der Frage nachgegangen, wie sich die politische Kriminalitätsfurcht im Zusammenspiel mit der wahrgenommenen Bedrohung durch linken und rechten politischen Extremismus auf das Wahlverhalten bzw. die Wahlabsicht auswirkt. Es geht vor allem darum, welche Rolle dabei die Kompetenzzuschreibung (»issue-ownership«) einzelner Parteien spielt. Einerseits wäre nämlich zu vermuten, dass es sich bei Extremismus und PMK um sogenannte ›Valenzissues‹ handelt, bei denen über das Ziel – den Schutz der Demokratie – parteiübergreifend Einigung besteht. Wenn dem so ist, dann dürften von erhöhter politischer Kriminalitätsfurcht vor allem moderate Parteien der politischen Mitte profitieren. Handelt es sich bei Extremismus andererseits um ein ›Positionssissue‹, das in der Parteienlandschaft entlang grundlegender ideologischer Differenzen deutlich umstritten ist, dann sollten von erhöhter Sorge vor Rechts- bzw. Linksextremismus jeweils die Parteien des entgegengesetzten politischen Lagers profitieren.

Um diese Fragen zu beantworten, wird im ersten Schritt das theoretische Argument unter Rückgriff auf salienztheoretische Annahmen themenorientierten und ökonomischen Wählens expliziert, um davon ausgehend testbare Hypothesen abzuleiten. Unter Rückgriff auf den PaWaKS-Datensatz des Zentrums für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) werden die Hypothesen im empirischen Teil operationalisiert und mittels multinomialer Mehrebenenmodelle und bayesianischer Schätzverfahren getestet.

Wie sich zeigen wird, beeinflusst politische Kriminalitätsfurcht das Wahlverhalten der Bürger:innen. Allerdings scheint es nicht so zu sein, dass die Sorge vor einer Bedrohung der Demokratie durch Extremismus bzw. PMK dazu führt, dass Menschen eher Parteien der politischen Mitte unter-

stützen. Stattdessen profitieren von der Sorge vor Rechtsextremismus und rechter PMK tendenziell linke Parteien, während eine entsprechende Bedrohungswahrnehmung im Hinblick auf den Linksextremismus eher konservativen bzw. rechten Parteien nützt.

Erhöht sich die Wahrnehmung der Zunahme linker PMK intraindividuell über die Zeit, kommt allerdings eher der SPD stärkere Unterstützung zu, während bei einer intraindividuell wahrgenommenen Zunahme rechter PMK eher für die Grünen, Nichtwahl oder Unentschlossenheit optiert wird. Solche und weitere Detailbefunde erinnern daran, dass die Wahlentscheidung – ebenso wie Wahlabsichtsbekundungen – neben Sachthemenorientierungen auch von einer Reihe weiterer Variablen beeinflusst werden. So ist es unwahrscheinlich, dass sich beispielsweise eine Anhängerin der CDU wegen ihrer gestiegenen Sorge vor Rechtsextremismus unmittelbar einer sehr linken Partei zuwendet. Es spielen eben noch weitere Faktoren wie die grundlegende ideologische Nähe zu den Parteien oder Kandidat:innenpräferenzen eine Rolle. Und auch die politische Kriminalitätsfurcht ist offenkundig nicht exogen, sondern wird ihrerseits unter anderem von bestehenden politischen Überzeugungen beeinflusst.

2. Theorie: Themenorientiertes Wählen und politisch motivierte Kriminalität

Ausgangspunkt der Theorie ökonomischen Wählens ist die Annahme, dass Menschen rationale Wahlentscheidungen entlang ihrer Präferenzen und Kosten/Nutzen-Kalküle treffen. Da die eigene wirtschaftliche Wohlfahrt dafür von grundlegender Bedeutung ist, spielt die Wahrnehmung der Wirtschaftslage eine wichtige Rolle – entweder bezogen auf die eigene wirtschaftliche Situation (»pocketbook voting« bzw. »egozentrisches Wählen«) oder die des umbettenden Gemeinwesens (»soziotropisches Wählen«) (Healy & Malhotra, 2013, S. 286). Einschlägig ist hier nur die zuletzt genannte, auf gesellschaftliche Verhältnisse ziellende Argumentation, weil sich die Furcht vor Extremismus und PMK ebenfalls auf soziale Makrozustände bezieht.

Anknüpfend an die Theorie des retrospektiven Wählens (Fiorina, 1981) wird beim soziotropischen Wählen davon ausgegangen, dass die Wähler:innen die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation eines Gemeinwesens² – zumeist des Staates – heranziehen, um ihre Wahlentscheidung zu

2 Angesichts der Mehrebenenstruktur des bundesdeutschen politischen Systems kann sich die soziotropische Bewertung der Wirtschaftslage auf unterschiedliche

treffen (Wagner & Giebler, 2015, S. 125). Ob dabei die Regierung abgestraft oder belohnt wird, hängt auch davon ab, wie sehr ihr ein Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung zugeschrieben wird (Peffley & Williams, 1985). Allerdings lassen sich Wahlentscheidungen auch aus der Perspektive der ökonomischen Wahlentscheidung mit diesem Theorem nur unzureichend erklären.

In die Rationalität des individuellen Wahlverhaltens fließen noch andere wirkmächtige Faktoren ein. Dies ist insbesondere die eigene (breitere) Themenorientierung (»issue-voting«) der Wähler:innen (Lachat, 2014), also individuelle thematische Präferenzen und Salienzwahrnehmungen. Vor allem jene Parteien werden deshalb von bestimmten Themenkonjunkturen elektoral profitieren, die als am kompetentesten in den jeweiligen Themenbereichen gelten (»issue-ownership«) – z. B. die CDU und FDP bei Wirtschaftsfragen oder die Grünen beim Thema Umwelt. Die Wahrnehmung von wirtschaftlicher Entwicklung, Verantwortungszuschreibung und Themenkompetenz ist zudem nicht völlig unabhängig von den ohnehin bestehenden politischen Überzeugungen einer Person. Dies gilt vor allem für die Parteineigung (Dorussen & Taylor, 2002) und die damit einhergehenden Deutungsheuristiken (Clarke et al., 2002). Sie prägen ihrerseits die Wahrnehmung und Bewertung der Wirtschaftslage sowie anderer politischer Themenbereiche.³

Diese Kausalargumente gilt es auf den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung politisch motivierter Kriminalität sowie Extremismus auf der einen und der Wahlentscheidung auf der anderen Seite zu übertragen. Politischer Extremismus, von ihm ausgehende politisch motivierte Kriminalität und deren Bekämpfung lassen sich als eigenes Sachthema begreifen, da sowohl linker als auch rechter Extremismus bereits in verschiedenen bundesdeutschen Wahlkämpfen thematisch aufgegriffen wurde. Politischer Extremismus bezeichnet dabei »politische Diskurse, Programme und Ideologien, die sich implizit oder explizit gegen grundlegende Werte und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten richten« (Backes, 2001, S. 24) – also das Hinwirken auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Politisch motivierte Kriminalität (PMK) liegt

politische Ebenen wie Kommune, Land sowie Bund und vor dem Hintergrund der europäischen Integration Deutschlands auch auf die EU beziehen (Wagner & Giebler, 2015, S. 126).

3 Wenngleich ökonomische Wahltheorien den Einfluss von Einstellungen auf Wahlentscheidungen meist unidirektional modellieren und dieser Annahme hier auch modelltheoretisch gefolgt wird, ist von einem rekursiven, komplexen Kausalnexus auszugehen.

vor, wenn eine Straftat politischen Zielen dient, sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, auswärtige Belange Deutschlands gefährdet oder Hasskriminalität darstellt, die auf Diskriminierung aufgrund politischer Einstellungen, Nationalität, Rasse, Religion oder ähnlicher Merkmalen abzielt (Goertz & Goertz-Neumann, 2018, S. 9).⁴ PMK umfasst dabei einsteils Staatsschutzdelikte wie Hochverrat und die Bildung krimineller Vereinigungen sowie andernteils Alltagskriminalität mit politischem Motiv.

Die Einschätzungen und Sorgen der Bürger:innen im Hinblick auf Extremismus und politisch motivierte Straftaten werden ferner als Ausdrucksformen einer Kriminalitätsfurcht betrachtet, die sich genuin auf jene Kriminalität richtet, die aus politischen Gründen begangen wird. Anknüpfend an die allgemeine Definition von Kriminalitätsfurcht (Kreuter, 2002, S. 28–29) wird solche »politische Kriminalitätsfurcht« hier als Einstellungen und Gefühle gegenüber politisch motivierter Kriminalität und Extremismus verstanden.

Der Kampf gegen politischen Extremismus und PMK lässt sich einerseits als Valenzissue bzw. Konsensthema aller demokratischen oder wenigstens aller politisch moderaten Parteien deuten. Valenzissues sind Sachfragen, bei denen in der Bevölkerung weitgehend Einigkeit über die damit verbundenen Ziele besteht (Stokes, 1963, S. 373). Klassische Beispiele für solche Themen sind wirtschaftliche Prosperität – daher auch der Bezug zum ökonomischen Wählen – oder auch Sicherheit und Frieden, die von nahezu allen Parteien einhellig angestrebt werden. Parteiliche Unterschiede bestehen jedoch bei der Art der Zielerreichung sowie der dafür von den Wähler:innen zugeschriebenen Kompetenz (Schoen & Weins, 2014, S. 286).

Andererseits lässt sich politischer Extremismus durchaus als »Positionssissue« (Stokes, 1963) begreifen, also ein deutlich umstrittenes Sachthema, bei dem sich die Parteien im bundesdeutschen Parteisystem uneinig sind. Das zeigt sich klar beim Blick auf die jeweiligen Problemsalienten: Für politisch linke Parteien wie die Die Linke, SPD und Grüne stellen Rechtsextremismus und rechte PMK gegenüber dem Linksextremismus die klar größere Bedrohung für die Demokratie in Deutschland dar. Die AfD hebt im Wahlkampf dagegen immer wieder den Linksextremismus und linksmotivierte Straftaten als die größere Bedrohung hervor. CDU/CSU und FDP nehmen häufig Mittelpositionen ein und sprechen sich gegen beide Formen des politischen Extremismus gleichermaßen aus.

4 Der Begriff der politisch motivierten Kriminalität (PMK) entstammt einem behördlichen Klassifikationssystem, das von den Strafverfolgungsbehörden in dieser Form seit 2001 genutzt wird (Singer, 2004, S. 32).

Es ist daher davon auszugehen, dass aus Perspektive der Wähler:innen bestimmte Parteien als mehr oder weniger kompetent und geeignet angesehen werden, um den Kampf gegen Extremismus zu führen. Welche theoretischen Voraussagen sich daraus ergeben, hängt aber davon ab, ob die Extremismusbekämpfung analog zu wirtschaftlicher Prosperität als Sachthema von allgemeiner Relevanz, also als ein Valenzissue, oder eben als Positionsissue begriffen wird. Im ersten Fall wäre davon auszugehen, dass von einer in der Bevölkerung wahrgenommenen erhöhten Bedrohung der Demokratie durch gleich welche Form von Extremismus insbesondere Parteien der Mitte – also vor allem die (ehemaligen) Volksparteien CDU und SPD – profitieren bzw. solche, die für den Kampf gegen jeglichen Extremismus stehen, wie etwa die FDP. Sie würden in dem Fall als Issue-Owner gelten und damit als am kompetentesten für die Bekämpfung von Extremismus wahrgenommen werden. Nicht profitieren sollten hingegen Parteien, welche dem Rechts- oder Linksextremismus vergleichsweise nahestehen, also die AfD und die Partei Die Linke.

Wenn Extremismusbekämpfung hingegen eher ein Positionsissue ist, würde die wahrgenommene Bedrohung durch Rechts- bzw. Linksextremismus die Wahlentscheidung in jeweils spezifischer Form beeinflussen. Nehmen die Wähler:innen eine Zunahme rechtsmotivierter Straftaten wahr, dann dürften davon vor allem jene Parteien profitieren, die sich umso stärker dem »Kampf« gegen den Rechtsextremismus verschrieben haben, also besonders Linkspartei, SPD und Grüne. Zugleich dürfte die Wahlwahrscheinlichkeit für jene Parteien sinken, die Rechtsextremismus selten oder gar nicht als salientes gesellschaftliches Problem thematisieren oder gar mit rechtem Extremismus assoziiert werden. Umgekehrt dürfte die Wählerschaft bei einer perzipierten Zunahme linksextremer Straftaten jene Parteien favorisieren, die eher im Linksextremismus eine Bedrohung sehen und diesen entsprechend bekämpfen. Das wiederum dürften vor allem die AfD und in Teilen auch die CDU und FDP sein. Parallel dazu müsste die Wahlwahrscheinlichkeit von Parteien des linken Spektrums sinken, weil diese den Linksextremismus seltener als eigenes Problem programmatisch aufgreifen.

Auf der Grundlage dieser theoretischen Argumentationen lassen sich die folgenden drei Hypothesen formulieren:

- H1: *Je stärker die politische Kriminalitätsfurcht, desto wahrscheinlicher ist die Absicht, Parteien der Mitte zu wählen.*
- H2: *Je stärker die Furcht vor Rechtsextremismus, desto wahrscheinlicher ist die Absicht, Parteien des linken politischen Spektrums zu wählen.*
- H3: *Je stärker die Furcht vor Linksextremismus, desto wahrscheinlicher ist die Absicht, Parteien des rechten politischen Spektrums zu wählen.*

Die politische Kriminalitätsfurcht ist nicht exogen und wird durch bestehende politische Überzeugungen mindestens mitbestimmt. Menschen, die sich ohnehin vor politisch motivierter Kriminalität fürchten bzw. die Demokratie durch politischen Extremismus bedroht sehen, dürften für die Wahrnehmung einer Zunahme der einschlägigen PMK besonders sensibilisiert sein. Mit Blick auf die empirischen Analysen gilt es daher, zeitvariante Veränderungen von zeitinvarianten Personenmerkmalen zu trennen und zu prüfen, ob die drei Hypothesen sowohl Wahlabsichtsveränderungen einer Person über die Zeit als auch Unterschiede in der Wahlabsicht zwischen Personen erklären können (siehe Abschnitt 3).⁵

3. Methoden: Datengrundlage, Analyseverfahren, Operationalisierung

Datengrundlage und Auswertungsverfahren

Für die Datenauswertung wurde der PaWaKS-Datensatz verwendet.⁶ Das Paneldesign der PaWaKS-Daten erlaubt es, die abgeleiteten Hypothesen intraindividuell unter Berücksichtigung anderer Erklärungsfaktoren wie politischer Einstellungen und soziodemografischer Charakteristika zu testen. Sie ist damit besonders geeignet, um kausale Zusammenhänge nicht nur über gleichzeitige Kovarianz, sondern auch über die zeitliche Reihung von Ereignissen zu prüfen.

Die Datengrundlage stellt allerdings einige Herausforderungen an die zu wählenden Analysemethoden. Aufgrund des Längsschnittdesigns sind die Daten hierarchisch strukturiert, sodass Erhebungszeitpunkte in Personen genestet sind. Aus diesem Grund wurden Hybrid- bzw. Random-Effect-Within-Between-Modelle (REWB) berechnet (vgl. Bell et al., 2018), deren Schätzung aufgrund des kategorialen Skalenniveaus der abhängigen Variable mit Logit-Link als multinomiales Mehrebenenmodell erfolgte (vgl. Oravecz & Muth, 2018).⁷ Diese Modelle haben den Vorteil, intra- und interin-

⁵ Es ist darüber hinaus plausibel anzunehmen, dass die benannten Zusammenhänge durch das Niveau politischer Kriminalitätsfurcht moderiert werden. Eine empirische Überprüfung ist aufgrund der zu geringen Zahl an Erhebungswellen auf der Basis der vorliegenden Daten jedoch nicht möglich.

⁶ Siehe hierzu die Einleitung zu diesem Band ab S. 9.

⁷ Grundsätzlich ließen sich die Hypothesen auch mit Random-Intercept Cross-Lagged-Panel-Modellen (RI-CLPM) und deren Erweiterungen testen (Hamaker et al., 2015; Mulder & Hamaker, 2021). Allerdings wird von diesen Modellen eher abge-

dividuelle bzw. Within- und Between-Person-Effekte gleichzeitig schätzen und damit voneinander trennen zu können. Um das zu ermöglichen, wurden die zentralen unabhängigen Variablen und Kontrollfaktoren einseitig als Längsschnittvariable der ersten Ebene aufgenommen, um Veränderungen über die Zeit zu erfassen. Andernteils wurde für die metrischen Erklärungsfaktoren der Mittelwert je befragter Person berechnet und als erklärende Variable der zweiten Ebene berücksichtigt, um das Niveau eines Merkmals in die Schätzung einzubeziehen (Bell et al., 2018, S. 2033). Die metrischen unabhängigen Variablen der ersten Ebene (Zeitvergleich) wurden am Personenmittelwert zentriert (Bell & Jones, 2015, S. 143) und mit zwei Standardabweichungen standardisiert (Gelman, 2008). Die Standardisierung der Erklärungsfaktoren der zweiten Ebene erfolgte anhand des Gesamtmittelwerts und der doppelten Standardabweichung.

Weil die relativ hohe Panelmortalität zwischen den Wellen und die insgesamt geringe Anzahl an Erhebungswellen bei komplexeren Erklärungsmodellen zu Problemen mit Maximum-Likelihood-Schätzungen führen kann (Eager & Roy, 2017), wurde auf bayesianische Schätzverfahren zurückgegriffen.⁸ Zur Schätzung wurden nicht-informative A-priori-Verteilungen verwendet. Diese bieten sich in diesem Fall vor allem deshalb an, da es keinerlei Voruntersuchungen zur gleichen Forschungsfrage gibt, die Anhaltspunkte für informative A-priori-Verteilungen geben könnten (Jackman, 2009, S. 14). Die Modelle wurden zudem mit vier Markov-Ketten mit je 2.000 bzw. für die Robustheitstests mit 3.000 Iterationen und einer Warmup-Phase von jeweils 1.000 bzw. 1.500 Iterationen geschätzt. Alle Modelle konvergierten ohne Probleme und führten zu stabilen Schätzwerten.⁹

Zur Überprüfung der Hypothesen wurden insgesamt vier Mehrebenenmodelle berechnet. Das erste Modell testet H1 und umfasst die konstruierte Variable zur wahrgenommenen Entwicklung politisch motivierter Straftaten sowie die Kontrollfaktoren der ersten und zweiten Modellebene. In das zweite Modell wurden die Wahrnehmung politisch motivierter Kriminalität für den Links- und den Rechtsextremismus sowie sämtliche Kontrollva-

raten, wenn das Erkenntnisinteresse wie hier auf dem Einfluss intra-individueller Veränderungen liegt (Selig & Little, 2013, S. 276). Eine vollständige tabellarische Darstellung der Modelle inkl. der Kontrollvariablen können dem Replikationsmaterial unter <https://osf.io/87yna/> entnommen werden.

8 Die Modelle wurden mittels der R-Pakete *brms* (Bürkner, 2017, 2018) und *rstan* (Stan Development Team, 2024) geschätzt.

9 Die Effizienzdiagnosiken der Markov-Ketten jedes geschätzten Parameters (Rhat und ESS) können der vollständigen tabellarischen Darstellung im Replikationsmaterial entnommen werden.

riablen aufgenommen, um die zweite und dritte Hypothese empirisch zu prüfen. Als Robustheitscheck wurden zwei weitere Modelle berechnet, bei denen die Variablen zur PMK-Entwicklung durch die Indikatoren zur wahrgenommenen Bedrohung der Demokratie durch politischen bzw. linken und rechten Extremismus ersetzt wurden.

Vor der Berechnung der Modelle mit unabhängigen Variablen wurde anknüpfend an Hox et al. (2017, S. 42–46) ein Nullmodell mit ausschließlich einem Random-Intercept-Term geschätzt. Auf dem Nullmodell aufbauend konnte dann ein Koeffizient für die Varianzdekomposition berechnet werden, der nahezu analog zum Intraklassenkorrelationskoeffizienten interpretiert werden kann und indiziert, wie viel der Gesamtvarianz der Wahlabsichtsvariable auf die Varianz zwischen den befragten Personen entfällt (siehe auch Browne et al., 2005).¹⁰ Der Koeffizient für die Varianzdekomposition beträgt 0,78 – damit sind 78 Prozent der Gesamtvariabilität auf Unterschiede zwischen befragten Personen (»Between«-Effekte) und nur etwas mehr als 20 Prozent auf zeitliche Veränderungen innerhalb einer Person (»Within-Effekte«) zurückzuführen. Die Berücksichtigung der hierarchischen Datenstruktur ist damit zwingend erforderlich, um verlässliche Aussagen zur Stärke und Wirkungsrichtung der politischen Kriminalitätsfurcht zu treffen.

Abhängige Variable: Wahlverhalten

Das Wahlverhalten wurde mit einem Item zur Wahlabsicht (»Sonntagsfrage«) operationalisiert. Mit dieser Operationalisierung wird weder das tatsächliche noch das berichtete Wahlverhalten erfasst, sondern lediglich eine hypothetische Wahlentscheidung. Das konkrete Wahlverhalten kann mit diesem Indikator also nur angenähert werden. Aus praktischen Gründen stellt diese Messung aber eine etablierte Operationalisierung des Wahlverhaltens dar, wobei die benannten Limitierungen bei der Befundinterpretation bedacht werden müssen.

Die Befragten konnten auf die Frage, welche Partei sie am kommenden Sonntag wählen würden, wenn Bundestagswahl wäre, zwischen neun validen Antwortmöglichkeiten wählen: CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, AfD, eine andere Partei, Wahlenthaltung (»Ich würde nicht wählen«) und »Ich weiß es noch nicht«. Weil die beiden letztgenannten

¹⁰ Für die Berechnung wurde das R-Paket *performance* genutzt (Lüdecke et al., 2021).

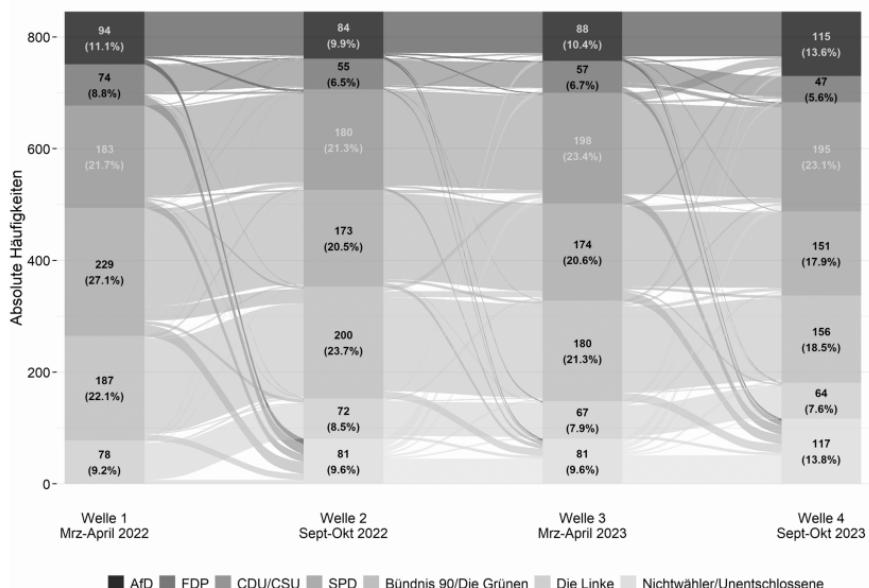
Antwortmöglichkeiten jedoch erst ab der zweiten Erhebungswelle aufgenommen wurden, könnte insbesondere der intraindividuelle Wechsel von einer Partei zu den Nichtwählern und Unentschlossenen überschätzt werden, was die Ergebnisse insgesamt verzerrt würde. Allerdings ist das im Falle der durchgeführten Analysen unproblematisch, weil die unabhängigen Variablen erst ab der zweiten Erhebungswelle abgefragt wurden. Für die Analysen wurden Personen, die nicht wählen gehen würden oder mit »Ich weiß es noch nicht« geantwortet haben, zu einer Kategorie zusammengefasst und als Referenzwert im multinomialen Mehrebenenmodell verwendet. Nicht berücksichtigt wurden Personen, die für andere als die etablierten Parteien gestimmt hätten, weil sich hierbei keine Rückschlüsse auf die Gültigkeit der zuvor formulierten Hypothesen ziehen lassen. Ausgeschlossen von den Analysen sind zudem jene, die nur an einer Befragungswelle teilgenommen haben und somit für Längsschnittanalysen nicht herangezogen werden können.

Abbildung 1 zeigt die »Wahlabsichtswanderungen« zwischen den vier PaWaKS-Wellen für die etablierten Parteien sowie für die Gruppe der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen von jenen Befragten, die an allen vier Wellen teilgenommen haben. Von der ersten bis zur vierten Welle verschoben sich die Wahlabsichten innerhalb des Elektorats insbesondere von SPD und Grünen zu anderen Parteien sowie zur Gruppe der Unentschlossenen und Nichtwähler:innen. Die Abwanderung von der ersten zur zweiten Welle ist hierbei allerdings ausgenommen, weil die Antwortmöglichkeiten für die Wahlenthaltung und Unentschlossenheit erst ab der zweiten Welle zur Verfügung standen.

Besonders groß war der Verlust an Wählerpotenzial für die SPD, die zwischen der ersten und zweiten Welle zudem einen Teil der Wähler:innen an die Grünen verloren hat. Bis auf die AfD, die über die vier Wellen hinweg einen Teil ihres Elektorats lediglich an die Gruppe der Unentschlossenen und Nichtwähler:innen verloren hat, überwiegt aber auch bei den anderen Parteien die Abwanderung und damit der Verlust an möglichen Wählerstimmen. So profitierte die CDU in der zweiten und dritten PaWaKS-Welle zwar noch von den Abwanderungsverlusten der SPD. Allerdings konnte der Zulauf aus der SPD den Verlust in der vierten Welle im Herbst 2023 nicht mehr ausgleichen, hier verlor die CDU einen Teil ihres Elektorats an die AfD und die Gruppe der Unentschlossenen und Nichtwähler:innen. Der Anteil Letzterer wuchs von knapp 10 Prozent in der zweiten Welle im Herbst 2022 auf gut 14 Prozent im Herbst 2023.

In Tabelle 1 ist der Grad der Veränderung bei der Wahlabsicht zwischen den Wellen dargestellt. Gut zwei Drittel der Befragten, die an mindestens zwei Wellen teilgenommen haben, wählten stets dieselbe Antwortmöglichkeit, optierten also entweder für eine etablierte Partei oder für Nicht-

Abbildung 1: »Wahlabsichtswanderung« zwischen den PaWaKS-Wellen



Anmerkung: In der ersten Welle wurden die Antwortmöglichkeiten »Ich würde nicht wählen« und »Ich weiß es noch nicht« noch nicht erhoben. Der Zuwachs bei Nichtwähler:innen/Unentschlossenen von der ersten zur zweiten Welle ist daher nicht auf tatsächliche Änderungen in der Wahlabsicht zurückzuführen. Die Abbildung spiegelt aufgrund der Panelmortalität zwischen den Wellen, die vermutlich einem systematischen Muster folgen und damit nicht zufällig sind, die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse zum Erhebungszeitpunkt nur bedingt wider. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

Tabelle 1: Wahlvolatilität in den PaWaKS-Daten

Häufigkeit wechselnder Wahlabsichten	N	valider Anteil	Anteil gesamt
0	1605	68,0 %	31,0 %
1	656	27,8 %	12,7 %
2	90	3,8 %	1,7 %
3	9	0,4 %	0,2 %
Fehlwert	2814		54,4 %

Anmerkung: Die Tabelle zeigt die Häufigkeit wechselnder Wahlabsicht für Personen, die bei mindestens zwei Wellen valide Antworten auf die Sonntagsfrage gegeben haben.

Beispielsweise haben 1605 Befragte die Sonntagsfrage immer gleich beantwortet. Legende: N = Anzahl valider Antworten. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

wahl bzw. hatten sich noch nicht entschieden. Mehr als ein Viertel jener Befragten wechselte einmal zwischen den Wellen die Antwortmöglichkeit, nur ca. 4 Prozent taten dies mehr als zweimal. Zu wechselnden Wahlabsichten kam es demnach in etwas weniger als einem Drittel aller Fälle. Mit Blick auf die multivariaten Analysen liegt damit hinreichend Varianz zwischen den Wähler:innen vor, um auf intraindividuelle Veränderungen schließen zu können.

Unabhängige Variablen und Robustheitsprüfung

Um politische Kriminalitätsfurcht zu operationalisieren, wurden zwei Fragebatterien verwendet. Eine richtet sich auf die wahrgenommene Entwicklung extremistischer Straftaten, die andere auf die wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch Extremismus.

In der Batterie zur wahrgenommenen Entwicklung extremistischer Kriminalität wurden zwei Items verwendet, bei denen die Panelteilnehmer auf einer siebenstufigen Skala angeben sollten, ob linksextremistisch bzw. rechtsextremistisch motivierte Straftaten in den letzten fünf Jahren aus ihrer Sicht seltener oder häufiger geworden bzw. gleichgeblieben sind. Beide Items wurden ab der zweiten Welle abgefragt. Um die wahrgenommene Entwicklung politisch motivierter Kriminalität im Allgemeinen zu messen, wurde je befragter Person und Welle der höchste Antwortwert der beiden Items zum Links- bzw. Rechtsextremismus genommen und in eine eigene Variable überführt.

Tabelle 2 zeigt die deskriptiven Kennzahlen aufgeschlüsselt nach Erhebungswelle. Im Schnitt geben die Befragten über alle Wellen hinweg an, dass sowohl links- als auch rechtsextremistisch motivierte Straftaten aus ihrer Sicht etwas häufiger geworden sind; die jeweiligen Mittelwerte liegen zumeist zwischen 4,5 und 5. Noch deutlicher fällt die wahrgenommene Zunahme bei der allgemeinen PMK-Entwicklung aus; hier liegt der Mittelwert konstant bei einem Skalenwert von 5,3. Ein Großteil der Befragten nimmt demnach zwar einen Aufwärtstrend politisch motivierter Kriminalität insgesamt wahr, die Standardabweichungen von ca. einem Skalenpunkt bei allen Indikatoren weisen aber auf große interindividuelle Unterschiede hin.

Um zusätzlich die Robustheit der Befunde auf der Basis der PMK-Items zu prüfen, wurden die Analysen mit Indikatoren zur Wahrnehmung einer Bedrohung der Demokratie durch Links- bzw. Rechtsextremismus wiederholt. Die Bedrohungswahrnehmung wurde über zwei Items gemessen, bei denen die Respondenten auf einer Fünferskala von 1 »sehr gering« bis 5 »sehr hoch« den Grad der Bedrohung der demokratischen Ordnung in

Tabelle 2: Deskriptive Statistiken der PMK-Items

Item	Welle	MW	SD	N
Wahrgenommene Entwicklung linksextremistisch motivierter Straftaten	2	4.5	1.2	2654
	3	4.6	1.2	1925
	4	4.6	1.2	1134
Wahrgenommene Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Straftaten	2	5.0	1.2	2654
	3	4.8	1.2	1925
	4	5.0	1.3	1134
Wahrgenommene Entwicklung politisch motivierter Straftaten allgemein (kodiert)	2	5.3	1.0	2654
	3	5.3	1.0	1925
	4	5.5	1.0	1134

Anmerkung: MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung, N = Anzahl valider Antworten; Frage: »Nachfolgend werden verschiedene Arten von Straftaten genannt. Bitte geben Sie jeweils an, ob solche Taten nach Ihrem Eindruck in Deutschland in den letzten fünf Jahren seltener geworden, gleich häufig geblieben oder häufiger geworden sind«; Antwortskala: 1 = sehr viel seltener, 2 = seltener, 3 = etwas seltener, 4 = gleichgeblieben, 5 = etwas häufiger, 6 = häufiger, 7 = sehr viel häufiger. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

Deutschland durch diese beiden Formen des Extremismus einschätzen sollten. Beide Items wurden nur in der dritten und vierten Welle erhoben. Analog zur Operationalisierung der Wahrnehmung links- bzw. rechtsextremistischer PMK wurde ein Indikator zur Bedrohung durch politischen Extremismus im Allgemeinen erstellt und dafür ebenfalls je befragter Person und Welle der höchste Antwortwert der beiden Items verwendet.

Die Häufigkeitsverteilungen der Merkmale sind in Tabelle 3 ausgewiesen. Analog zur wahrgenommenen PMK-Entwicklung attestieren die Befragten dem Rechtsextremismus das höchste Gefährdungspotenzial für die Demokratie; der Mittelwert liegt über alle Wellen hinweg nahe dem Skalenwert 4. Linksextremismus wird demgegenüber im Mittel als weniger bedrohlich für die Demokratie eingeschätzt. Die hohe Standardabweichung deutet indes auch hier auf deutliche Wahrnehmungsunterschiede hin. Letzteres kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil der Befragten die Demokratie durch politischen Extremismus als bedroht ansieht, wie der rekodierte Indikator verdeutlicht. Die Generalisierbarkeit dieser Zahlen ist jedoch eingeschränkt, weil gut zwei Drittel aller Befragten die Frage nicht valide beantwortet haben bzw. beantworten konnten.¹¹

11 Allerdings weisen die Befunde einer noch zu publizierenden Befragungsstudie der Verfasser in die gleiche Richtung. In Melcher et al. (2024 i. E.) zeigte sich bei

Tabelle 3: Häufigkeitsverteilung der Variable zur Bedrohungswahrnehmung

Item	Welle	MW	SD	N
Wahrgenommene Bedrohung durch Rechtsextremismus	2 3	3.8 3.9	1.1 1.1	1810 1101
Wahrgenommene Bedrohung durch Linksextremismus	2 4	3.4 3.4	1.1 1.1	1775 1088
Wahrgenommene Bedrohung durch politischen Extremismus (kodiert)	3 4	4.1 4.2	0.9 0.8	1768 1085

Anmerkung: MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung, N = Anzahl valider Antworten; Frage: »Wie schätzen Sie die Bedrohung der demokratischen Ordnung in Deutschland durch die folgenden Formen von politischem Extremismus ein?«; ursprüngliche Antwortskala: 1 = ist sehr gering, 2 = ist eher gering, 3 = ist mittelmäßig, 4 = ist hoch, 5 = ist sehr hoch. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

Kontrollvariablen

Um dem angesprochenen Endogenitätsproblem zu begegnen, werden die politische Selbstverortung und der Grad relativer Deprivation als Kontrollvariablen aufgenommen. Die grundlegenden deskriptiven Kennzahlen beider Variablen sind der Tabelle 4 zu entnehmen. Die politische Selbstverortung wurde über ein Item gemessen, bei dem die Befragten auf einer Skala von 1 »links« bis 7 »rechts« angeben sollten, wo sie sich politisch selbst einordnen. Im Mittel ordneten sich die befragten Personen über alle Befragungswellen der politischen Mitte zu, wobei die Standardabweichung von einem Skalenpunkt auf eine größere Streuung zwischen den Befragten hindeutet. Beim Frageitem zur relativen Deprivation sollten die Befragten die eigene finanzielle Situation im Vergleich zu anderen Deutschen einschätzen und dafür eine Skala mit sieben Ausprägungen von 1 »sehr viel schlechter« bis 7 »sehr viel besser« verwenden. Der Mittelwert beträgt auch hier bei allen Wellen 3,8 und entspricht damit nahezu dem Skalenmittel, bei dem keine Unterschiede der eigenen finanziellen Situation zu anderen Deutschen wahrgenommen werden.

Ergänzend zu den inhaltlichen Kontrollvariablen wurden in den zu testenden Modellen zudem soziodemografische Merkmale berücksichtigt, die

einem identisch konstruierten Indikator auf der Grundlage von Daten einer Bevölkerungsbefragung mit Einwohnermeldeamtsstichprobe (»Sicherheit und Kriminalität in Sachsen – SKiSAX 2022«), dass fast 60 Prozent der Befragten die Bedrohung der Demokratie durch Extremismus als hoch ansehen.

Tabelle 4: Deskriptive Statistiken der metrischen Kontrollvariablen

Item	Welle	MW	SD	N
Links-rechts-Selbsteinstufung	1	3.8	1.1	4827
	2	3.8	1.1	2488
	3	3.8	1.0	1819
	4	3.9	1.0	1085
Relative Deprivation	1	3.8	1.2	5174
	2	3.8	1.3	2617
	3	3.8	1.2	1888
	4	3.8	1.2	1118

Anmerkung: MW = Mittelwert, SD = Standardabweichung, N = Anzahl validier Antworten; LR-Selbsteinstufung – Frage: »Viele Leute verwenden die Begriffe ›links‹ und ›rechts‹, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen einzuordnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf dieser Skala einstufen?«, Antwortskala 1 bis 7-1 = links, 4 = Mitte, 7 = rechts; relative Deprivation – Frage: »Wie bewerten Sie Ihre finanzielle Situation im Vergleich zu anderen Deutschen?«, Antwortskala: 1 bis 7-1 = sehr viel schlechter, 4 = gleich, 7 = sehr viel besser. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

gemäß dem mikrosoziologischen Ansatz der Wahlforschung mit der Wahlentscheidung in Verbindung stehen (Lazarsfeld et al., 1944). Konkret handelt es sich dabei um das Geschlecht (wobei aufgrund der geringen Fallzahl der Angabe »divers« nur Männer und Frauen berücksichtigt werden), das Alter (differenziert nach Altersgruppen), den Migrationshintergrund und die Staatsangehörigkeit. Bei Geschlecht und Migrationshintergrund handelt es sich um zeitinvariante Merkmale, die sich zwischen den Erhebungswellen nicht verändert haben und daher als Between-Merkmale der zweiten Ebene in die Mehrebenanalysen einfließen. Beim Alter und der Staatsangehörigkeit kam es bei einigen Befragten zu Änderungen zwischen den Wellen, weshalb diese Kontrollfaktoren als Variablen der ersten Ebene bzw. Within-Merkmale aufgenommen werden.

4. Empirische Analyse: Valenzissue oder Positionsissue?

Politische Kriminalitätsfurcht als Valenzissue (H1)

Im ersten Schritt wird die Hypothese geprüft, ob politische Kriminalitätsfurcht mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einhergeht, Parteien der Mitte wählen zu wollen. Dahinter steht die Annahme, dass es sich bei Extremismus um ein Valenzissue handelt. Analog zur Wirtschaftspolitik beim öko-

nomischen Wählen, so die Argumentation, profitieren von einer verstärkten Problemwahrnehmung in diesem Bereich vor allem moderate Parteien, weil ihnen aufgrund ihrer großen Entfernung zu jeglichem Extremismus eine besondere Problemlösungskompetenz (»issue-ownership«) bei der Bekämpfung von Extremismus zugeschrieben wird.

Abbildung 2 zeigt die A-posteriori-Verteilungen der durchschnittlichen marginalen Effekte (»average marginal effects«, AME) für die wahrgenommene Entwicklung politisch motivierter Kriminalität, getrennt nach Between- und Within-Effekten für jede berücksichtigte Parteianhängerschaft, für die Nichtwähler:innen und die Unentschlossenen (hellgrau). Die Between- bzw. interindividuellen Effekte beziehen sich dabei auf Unterschiede in der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit, wenn sich das mittlere Niveau der wahrgenommenen Zunahme politisch motivierter Straftaten *zwischen* den Respondenten unterscheidet. Bei Within- bzw. intrapersonalen Effekten geht es hingegen um Änderungen in der Wahlabsicht *ein und derselben* Person in Abhängigkeit von Veränderungen in deren wahrgenommener PMK-Entwicklung über die Zeit.

Die Befunde zu den interindividuellen Effekten (obere Grafik) widersprechen zunächst H1. Wenn die wahrgenommene Zunahme politisch motivierter Straftaten bei einer Person sich von einer anderen um zwei Standardabweichungen (gemäß Tabelle 2 etwa zwei Skalenpunkte auf der siebenstufigen Skala) unterscheidet, so hat diese Person sogar eine im Schnitt um 3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, die AfD wählen zu wollen. Ein ganz ähnlicher Zusammenhang zeigt sich für eine Wahlabsicht der Grünen. Menschen, die eine (stärkere) Zunahme politischer motivierter Straftaten wahrnehmen, neigen im Mittel eher zur Wahl von AfD und Grünen als jene, die das nicht (oder weniger) tun. Die Furcht vor politisch motivierter Kriminalität allgemein ist demnach weniger mit den Elektoraten der Parteien der Mitte – CDU/CDU und SPD – assoziiert, sondern stärker mit politisch linken bzw. rechten Parteien. Weil diese sich aber klarer als die Parteien der Mitte dem Kampf gegen den Extremismus der politischen Gegenseite verschreiben, sprechen diese Befunde dagegen, dass der Kampf gegen jedweden Extremismus ein Valenzissue ist, der bei ansteigendem (wahrgenommenem) Problemdruck ein Anwachsen der Unterstützung für Parteien der politischen Mitte bewirkt.

Allerdings sind die Between-Effekte diesbezüglich nicht völlig einheitlich. Bedeutsame Effekte zeigen sich nämlich auch in folgender Hinsicht: Menschen, die politisch motivierte Kriminalität nicht als besonders drängendes Problem ansehen, haben mit höherer Wahrscheinlichkeit die Absicht, die Partei Die Linke zu wählen, noch unentschlossen zu sein oder gar nicht zu wählen. Auch wenn so nicht vorhergesagt, lässt sich das durch-

aus im Sinne des theoretischen Arguments interpretieren. Insbesondere der robuste Effekt auf potenzielle Nichtwählerschaft bzw. Unentschlossenheit könnte dafürsprechen, dass eine höhere Problemwahrnehmung im Hinblick auf Extremismus einen mobilisierenden bzw. politisierenden Effekt hat. Dennoch reicht das Gesamtbefundmuster zu interindividuellen Effekten nicht aus, um H1 als bestätigt zu betrachten.

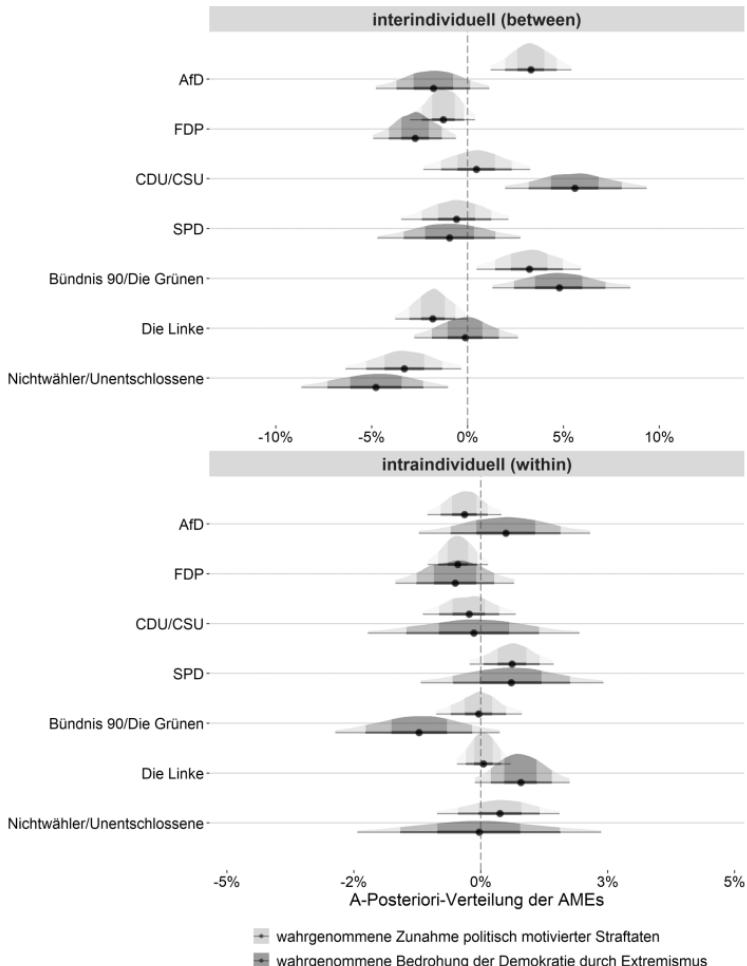
Zu einem anderen, aber weniger eindeutigen Ergebnis führt die Analyse von Within-Effekten, also von Veränderung der Wahrnehmung politisch motivierter Kriminalität einer Person über die Zeit. Nimmt eine befragte Personen zum Zeitpunkt t_1 eine größere Zunahme politisch motivierter Kriminalität wahr als zu t_0 , dann steigt für diese Person die Wahrscheinlichkeit, die SPD wählen zu wollen, im Mittel um weniger als einen Prozentpunkt. Die Änderungsrate zwischen beiden Erhebungszeitpunkten muss dafür allerdings zwei personenspezifischen Standardabweichungen entsprechen.¹² Dieser Effekt kann zwar statistisch als durchaus robust angesehen werden,¹³ fällt aber faktisch sehr schwach aus. Die Wahlausichtswahrscheinlichkeiten anderer Parteien ändern sich noch weniger, wenn eine Person über die Zeit zu einer verstärkten Problemwahrnehmung hinsichtlich der Zunahme von PMK gelangt: Die Wahrscheinlichkeit, AfD, FDP und CDU/CSU wählen zu wollen, verringert sich laut Modell um lediglich 0.5 Prozentpunkte, und der Effekt ist überwiegend noch unsicherer als jener auf die SPD-Wahlausicht. Der theoretisch erwartete Zusammenhang, dass im Falle einer größeren wahrgenommenen Zunahme von PMK eher Parteien der Mitte gewählt werden, zeigt sich nur für die SPD, nicht aber für andere moderate Parteien.

Um die Robustheit dieser Befunde zu prüfen, wurde ein weiteres Modell mit einem zweiten Indikator für politische Kriminalitätsfurcht, der Wahrnehmung einer Bedrohung der Demokratie durch gleich welchen politischen Extremismus, als unabhängiger Variable geschätzt. Die Ergebnisse sind ebenfalls in Abbildung 2 ausgewiesen (dunkelgrau). Im Wesentlichen decken sie sich mit den bereits diskutierten, weisen aber auch einige Unterschiede auf. Beim interindividuellen Vergleich zeigt sich analog zur PMK-Wahrnehmung,

12 Gemeint ist damit die Standardabweichung der Messwerte einer Person über die Erhebungswellen hinweg, die für jede befragte Person unterschiedlich hoch ausfallen.

13 Zwar weist das 80-prozentige Kredibilitätsintervall auf einen robusten Effekt hin. Jedoch überlagert das 95-prozentige Kredibilitätsintervall den Nullwert, was eine bedeutsame Unsicherheit des mittleren Zusammenhangs indiziert. Insgesamt ist es dennoch deutlich wahrscheinlicher, dass der Within-Effekt auf die SPD-Wahlausicht positiv und größer als null ausfällt, als dass er negativ und kleiner/gleich null ist (zur Interpretation bayesianischer Kredibilitätsintervalle siehe Kruschke, 2014, S. 317–324).

Abbildung 2: Änderung der durchschnittlichen Wahlabsichtswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der allgemeinen politischen Kriminalitätsfurcht



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte (»average marginal effects«, AME) der zwei Indikatoren für die politische Kriminalitätsfurcht auf die Wahlabsicht zwischen Personen (oben) und innerhalb von Personen über die Zeit (unten). Für beide Indikatoren wurden getrennte Modelle geschätzt. Die schwarzen Punkte entsprechen dem Mittelwert der jeweiligen A-posteriori-Verteilungen, die Intervalle und Dichtediagramme zeigen von der dunklen zur hellen Schattierung gehend das jeweilige 50-, 80- und 95-prozentige Kredibilitätsintervall. Verteilungen rechts der Nulllinie zeigen eine Zunahme und links der Nulllinie eine Abnahme der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

dass vor allem das potenzielle Elektorat der Grünen für eine Bedrohung der Demokratie durch politischen Extremismus sensibilisiert ist. Der Effekt fällt mit einem mittleren AME-Wert von ca. 5 Prozent sogar etwas größer als bei der PMK-Wahrnehmung aus. Auch dass mit zunehmendem Niveau der Bedrohungswahrnehmung die Wahrscheinlichkeit sinkt, die FDP zu wählen bzw. vor allem in das Lager der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen zu wechseln, deckt sich mit den Befunden zum PMK-Indikator.

Vom ersten Modell abweichende Effekte zeigen sich dagegen bei der Absicht, die CDU/CSU bzw. AfD zu wählen. Während interindividuelle Unterschiede in der wahrgenommenen Entwicklung politisch motivierter Kriminalität mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für eine AfD-Wahlabsicht einhergehen, zeigt sich für das Niveau der wahrgenommenen Bedrohung der Demokratie durch Extremismus ein schwacher umgekehrter – also negativer – Zusammenhang. Demgegenüber scheinen vor allem die potenziellen Wähler:innen der CDU/CSU sensibilisiert zu sein, wenn es um die Gefährdung der Demokratie durch Extremismus allgemein geht: Die Wahrscheinlichkeit, CDU/CSU wählen zu wollen, liegt für jene Personen, die einen um zwei Skalenpunkte größeren Wert beim fünfstufigen Bedrohungsindikator aufweisen, im Mittel um gut 5 Prozentpunkte höher als für die Vergleichspersonen. Zusammengenommen sprechen auch diese Befunde nur sehr bedingt für H1 und reichen nicht hin, um die Nullhypothese zu verwerfen.

Auch die Zusammenhangsmuster für die intraindividuellen Effekte passen großenteils zu den Befunden zur Rolle der PMK-Wahrnehmung. Zwar zeigen sich hier inhaltlich durchaus bemerkenswerte Unterschiede: Im Gegensatz zur Entwicklung der PMK erhöht eine zunehmende Bedrohungswahrnehmung durch politischen Extremismus die Wahrscheinlichkeit einer Person, die Partei Die Linke wählen zu wollen. Und die Grünen zu wählen, wird anders als bei der PMK-Wahrnehmung sogar um durchschnittlich einen Prozentpunkt unwahrscheinlicher, wenn die wahrgenommene Bedrohung der Demokratie durch Extremismus um zwei personen-spezifische Standardabweichungen zunimmt. Allerdings sind diese Effektstärken ziemlich gering und überdies statistisch nicht sonderlich robust: Das 95-prozentige Kreditabilitätsintervall aller Effekte schließt den Nullwert ein, und kaum eines der 80-prozentigen Kreditabilitätsintervalle liegt außerhalb davon. Eine differenzierte theoretische Interpretation der Unterschiede zwischen den Modellen erscheint vor diesem Hintergrund nicht zielführend.¹⁴ Festzuhalten ist aber: Der Within-Effekt zeitlicher Veränderung widerspricht im Wesentlichen ebenfalls den theoretischen Erwartungen.

14 Dies gilt umso mehr, als hier Methodeneffekte nicht ausgeschlossen werden können. »Politisch motivierte Kriminalität« und »Bedrohung der Demokratie durch

Insgesamt ist H1 damit auf der Grundlage beider Modelle zurückzuweisen. Die Gefährdung der Demokratie durch Extremismus und PMK scheint kein Valenzissue dergestalt zu sein, dass die einschlägige Problemlösungskompetenz vor allem jenen Parteien zugeschrieben wird, die klar in der politischen Mitte verortet und damit vom Extremismus besonders weit entfernt sind. Stattdessen deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die politische Kriminalitätsfurcht eher Teil eines parteipolitisch gefärbten Positionsissues sein könnte.

Politische Kriminalitätsfurcht als Positionsissue (H2 und H3)

Deshalb gilt es im nächsten Schritt, die Vermutung zu prüfen, ob der Einfluss politischer Kriminalitätsfurcht auf die Wahlabsicht sich nach der ideologischen Ausrichtung der PMK bzw. des Extremismus differenziert. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass es sich bei diesen Phänomenen um Positionsissues handelt, die auch unter eher moderaten Parteien ideologisch kontrovers behandelt werden. Zu erwarten ist dann, dass von der Wahrnehmung einer Zunahme von rechter (H2) bzw. linker (H3) politischer Kriminalität jeweils insbesondere die ideologisch entgegengesetzten Parteienfamilien profitieren, weil sie ihre Kompetenz und Motivation im Kampf gegen solchen Extremismus jeweils besonders plausibel machen können.

Um H2 und H3 zu testen, wurden die Items zur Wahrnehmung links- bzw. rechtsmotivierter Straftaten in ein gemeinsames Modell integriert und zusammen mit den Kontrollvariablen geschätzt. Die Ergebnisse der Modellschätzung für beide Items sind Abbildung 3 zu entnehmen, die analog zu Abbildung 2 zu interpretieren ist.

Der Blick auf den interindividuellen Effekt linker und rechter PMK-Wahrnehmung zeigt im Wesentlichen ein zu den beiden Hypothesen passendes Muster. Befragte, die im Mittel eine große Zunahme linksextremer Straftaten wahrnehmen, tendieren wie erwartet zur AfD und CDU/CSU, also zu politisch rechten Parteien. Eine im Vergleich zu einer Vergleichsperson um zwei Skalenpunkte höhere Wahrnehmung zunehmender linker PMK geht einher mit einer um durchschnittlich etwa 10 Prozentpunkte erhöhten Wahrscheinlichkeit für eine AfD-Wahlabsicht. Bei der CDU/CSU beträgt der Un-

Extremismus« könnten bei den Befragten recht verschiedene Vorstellungsinhalte und Deutungsroutinen ausgelöst haben, etwa weil der Extremismusdiskurs in Deutschland recht stark auf den Rechtsextremismus fokussiert ist, während PMK möglicherweise häufiger auch mit linker Militanz in Verbindung gebracht wird.

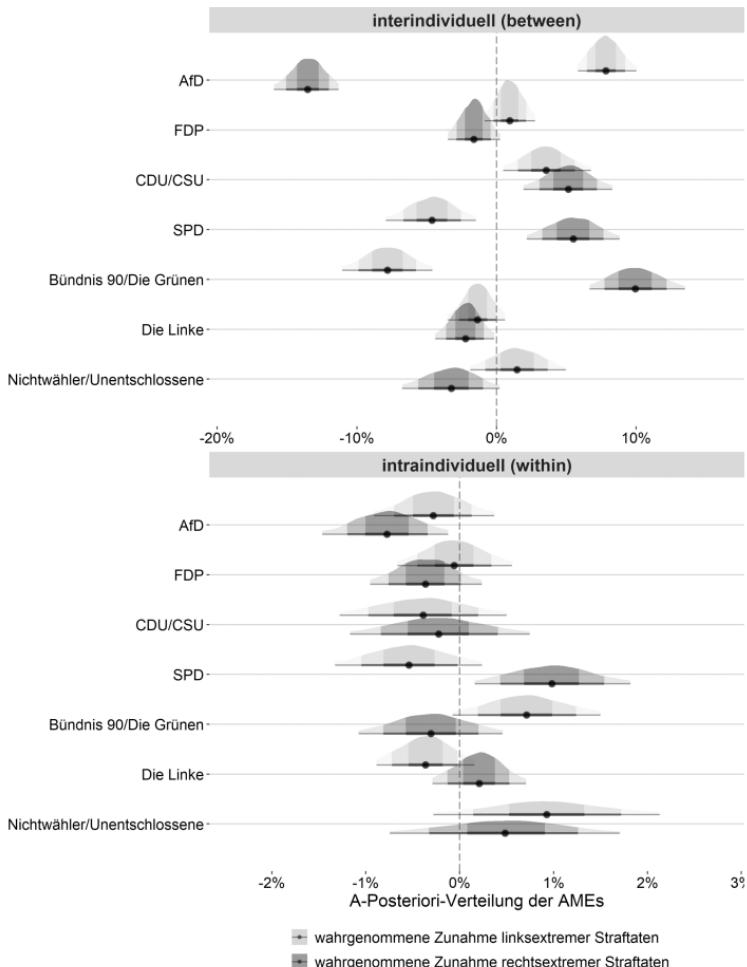
terschied immerhin ca. 5 Prozentpunkte. Parallel ist es für Personen weniger wahrscheinlich, Parteien des linken Spektrums zu wählen, wenn sie linker PMK einen größeren Zuwachs bzw. eine geringere Abnahme unterstellen. Das betrifft insbesondere die Grünen, aber auch die SPD und die Linkspartei, bei denen sich die Wahlabsichtswahrscheinlichkeit um bis zu 10 Prozentpunkte verringert.

Ähnlich eindeutig und stimmig ist das Muster der interindividuellen Effekte für die wahrgenommene Zunahme ideologisch rechts motivierter politischer Kriminalität. Befragte, die im Mittel die Zunahme rechtsextremer Straftaten vergleichsweise als höher einschätzen, neigen tatsächlich stärker zur Wahl linker Parteien, konkret von SPD und besonders Bündnis 90/Die Grünen. Der interpersonelle Unterschied in der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit fällt hier mit 6 (SPD) bzw. 10 Prozentpunkten (Grüne) ebenfalls recht hoch aus. Klar negativ wirkt sich ein hohes Niveau wahrgenommener Zunahme rechter PMK hingegen auf die Wahrscheinlichkeit aus, die AfD wählen zu wollen. Hier liegt der durchschnittliche marginale Effekt bei über 13 Prozentpunkten – der stärkste Effekt in allen Modellen.

Zwei Zusammenhänge stimmen allerdings nicht völlig mit den theoretischen Erwartungen überein. Das ist zum einen der ausbleibende positive Effekt der Wahrnehmung zunehmender rechter PMK auf die Wahrscheinlichkeit, die Linkspartei wählen zu wollen. Zum anderen macht diese Wahrnehmung auch eine CDU/CSU-Wahlabsicht wahrscheinlicher. Dass Die Linke nicht vorrangig von jenen Personen gewählt werden würde, die eine Zunahme rechtsextremer Straftaten wahrnehmen, liegt womöglich daran, dass die Partei nicht (mehr) als »Issue-Owner« für den Kampf gegen den Rechtsextremismus wahrgenommen wird. Dies sind nunmehr vor allem die SPD und die Grünen, wofür die deutlichen Effekte auf die Absicht, sie zu wählen, sprechen. Ein ähnliches Argument lässt sich auch für die CDU/CSU machen, die augenscheinlich von einem Teil des Elektorats als geeignet angesehen wird, sowohl den linken als auch den rechten Extremismus zu bekämpfen – wahlgemerk als einzige Partei.

Eine interessante Besonderheit stellen erneut die potenziellen Nichtwähler:innen und Unentschlossenen dar. Unter ihnen scheint die Wahrnehmung, PMK von rechts sei ein zunehmendes Problem, weniger weit verbreitet zu sein als die Wahrnehmung einer Zunahme linksmotivierter Kriminalität – und zwar auch unter Kontrolle anderer Faktoren. Dies konterkariert den im Zuge der Analysen zu H1 gewonnenen Eindruck, politische Kriminalitätsfurcht allgemein habe einen politisch mobilisierenden Effekt. Vielmehr scheint das höchstens für einschlägige Einstellungen zum Linkssextremismus der Fall zu sein, wobei der diesbezügliche Effekt im Between-Modell erstens schwach und zweitens statistisch wenig robust ist.

Abbildung 3: Änderung der durchschnittlichen Wahlabsichtswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Entwicklung linker und rechter PMK



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte (»average marginal effects«, AME) der wahrgenommenen Zunahme von linker und rechter PMK auf die Wahlabsicht zwischen Personen (oben) und innerhalb von Personen über die Zeit (unten). Es wurde für beide Indikatoren ein gemeinsames Modell geschätzt. Die schwarzen Punkte entsprechen dem Mittelwert der jeweiligen A-posteriori-Verteilungen, die Intervalle und Dichtediagramme zeigen von der dunklen zur hellen Schattierung gehend das jeweilige 50-, 80- und 95-prozentige Kredibilitätsintervall. Verteilungen rechts der Nulllinie zeigen eine Zunahme und links der Nulllinie eine Abnahme der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

Trotz der benannten kleineren Abweichungen von den theoretischen Annahmen stimmen H2 und H3 in weiten Teilen mit den empirischen Befunden zu den interpersonellen Effekten überein. Wohlgemerkt weisen fast alle einschlägigen Zusammenhänge nicht nur größere Effektstärken als jene zur Valenzissue-Hypothese auf, sondern sie sind auch durchweg statistisch robuster. H2 und H3 können auf dieser Grundlage nicht verworfen werden.

Um die Gültigkeit dieser Hypothesen zu prüfen, sind allerdings die Within-Effekte noch bedeutsamer (siehe ebenfalls Abbildung 3). Die Befunde zum Einfluss intraindividueller Veränderung in der links- und rechtsextremen PMK-Wahrnehmung sind weniger eindeutig. Nimmt eine Person zwischen zwei Erhebungszeitpunkten eine (stärkere) Zunahme linker PMK wahr, steigt dadurch ihre Wahrscheinlichkeit um gut einen Prozentpunkt, die Grünen wählen zu wollen oder in die Gruppe der Nichtwähler:innen bzw. Unentschlossenen zu wechseln. Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit, die SPD und die Linkspartei wählen zu wollen, minimal um gut 0,5 Prozentpunkte. Die breiten Kredibilitätsintervalle indizieren zwar eine etwas größere statistische Unsicherheit als bei den Between-Effekten, allerdings sind die Unterschiede angesichts der gesamten A-posteriori-Verteilung hinreichend substanzial. Anders verhält es sich mit den Wahlabsichten für AfD, FDP und CDU/CSU, die augenscheinlich innerhalb einer Person nicht durch Änderungen in der wahrgenommenen Zunahme linkextremer PMK beeinflusst werden.

Warum entgegen der theoretischen Erwartungen gerade die Grünen sowie die Nichtwähler:innen bzw. Unentschlossenen bei einer wahrgenommenen Zunahme linker PMK profitieren, dafür liefert ein Blick auf die »Wahlabsichtswanderungen« in Abbildung 81 zumindest Hinweise. Von der zweiten zur dritten sowie von der dritten zur vierten Erhebungswelle »wanderte« ein Teil der potenziellen Wähler:innen der SPD zu den Grünen bzw. entschied sich für Nichtwahl oder wurde unentschlossen. Gleichzeitig verlor die Linkspartei Wählerpotenzial an die SPD sowie an die Gruppe der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen. Der sich hier zeigende Effekt könnte also auf allgemeine Wählerwanderungen im linken Lager zurückzuführen sein. Eine größere wahrgenommene Zunahme linksextremer Straftaten führt zudem augenscheinlich nicht dazu, dass jemand notwendigerweise in das rechte Parteienspektrum wechselt. Vielmehr wird im Rahmen von Wählerwanderungen und des Parteienwettbewerbs häufig zu einer Partei gewechselt, die programmatisch und ideologisch nah an den eigenen Überzeugungen liegt, die also überhaupt Teil des eigenen »consideration set« von grundsätzlich in Frage kommenden Parteien ist (vgl. Wagner, 2013, 2017). Politisch links stehende Menschen, die den aus ihrer Sicht zunehmenden Linksextremismus mit Sorge sehen, könnten sich von radikalen linken Par-

teien wie Die Linke abwenden und stattdessen eine klar linke, aber gemäßigte Partei wie die Grünen bevorzugen.

Ähnliches scheint auch für die Wahrnehmung rechtsextremer Kriminalität zu gelten. Nimmt eine Person über die Zeit eine größere Zunahme rechtsextremer PMK wahr, dann erhöht sich nur deren Wahrscheinlichkeit, die SPD wählen zu wollen. Für andere Parteien des linken Spektrums wie die Grünen und die Linkspartei zeigt sich hingegen kein Effekt. Naheliegend sind dahinterliegende »Wahlabsichtswanderungen« potenzieller CDU/CSU-Wähler:innen zur SPD, wenn sie den Rechtsextremismus zunehmend als Gefahr ansehen. Letztere ist aus den eben umrissenen Gründen für CDU/CSU-Anhänger:innen jedenfalls eher »wählbar« als Linkspartei und Grüne. Genau solche Wanderungsmuster zeigen sich vor allem zwischen der zweiten und dritten Erhebungswelle (siehe Abbildung 8). Ähnlich verhält es sich mit der AfD. Erwartungsgemäß verringert sich die Wahrscheinlichkeit einer AfD-Wahlabsicht, wenn eine größere Zunahme rechtsextremer Kriminalität wahrgenommen wird. Mit Blick auf die »Wahlabsichtswanderung« verliert die AfD potenzielle Wähler:innen weniger an andere Parteien, sondern eher an die Gruppe der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen. Deutlich wird das vor allem zwischen der dritten und vierten Erhebungswelle. Für CDU/CSU und FDP zeigen sich zwar auch minimale Verluste in diese Richtung, diese sind mit Blick auf die breiten Kredibilitätsintervalle allerdings auch statistisch sehr unsicher.

Die Tatsache, dass Änderungen der Wahlabsicht sich in der Regel im Bereich ideologisch nahestehender Parteien und nicht in großen »Lagersprüngen« vollziehen, gibt schließlich weitere Erklärungsansätze für die Befunde zu den Nichtwähler:innen und Unentschlossenen. Intrapersonell steigert eine erhöhte Bedrohungswahrnehmung sowohl linker als auch rechter PMK die Wahrscheinlichkeit, in dieses Lager zu wechseln. Dass sich nämlich aufgrund von politischer Kriminalitätsfurcht innerhalb einer Person ein Präferenzwechsel etwa von einer klar rechten hin zu einer linken Partei oder andersherum vollzieht, ist vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich. Wenn diese Problemwahrnehmung dazu führt, dass man an der ursprünglichen Wahlabsicht zweifelt – etwa weil man zu der Ansicht gelangt ist, diese Partei habe nicht die richtigen Antworten auf die PMK-Entwicklung –, dann kann das wohl eher zur Demobilisierung führen als zu einer ideologischen 180-Grad-Wendung.

Insgesamt zeichnen die intraindividuellen Befunde ein differenziertes Bild hinsichtlich der Überprüfung von H2 und H3. Die Befunde sprechen zumindest teilweise für die Gültigkeit von H2, wonach linke Parteien – in diesem Fall nur die SPD – von größer werdender Furcht vor rechtsextremen Straftaten elektoral profitieren werden. Zugleich folgt die Präfe-

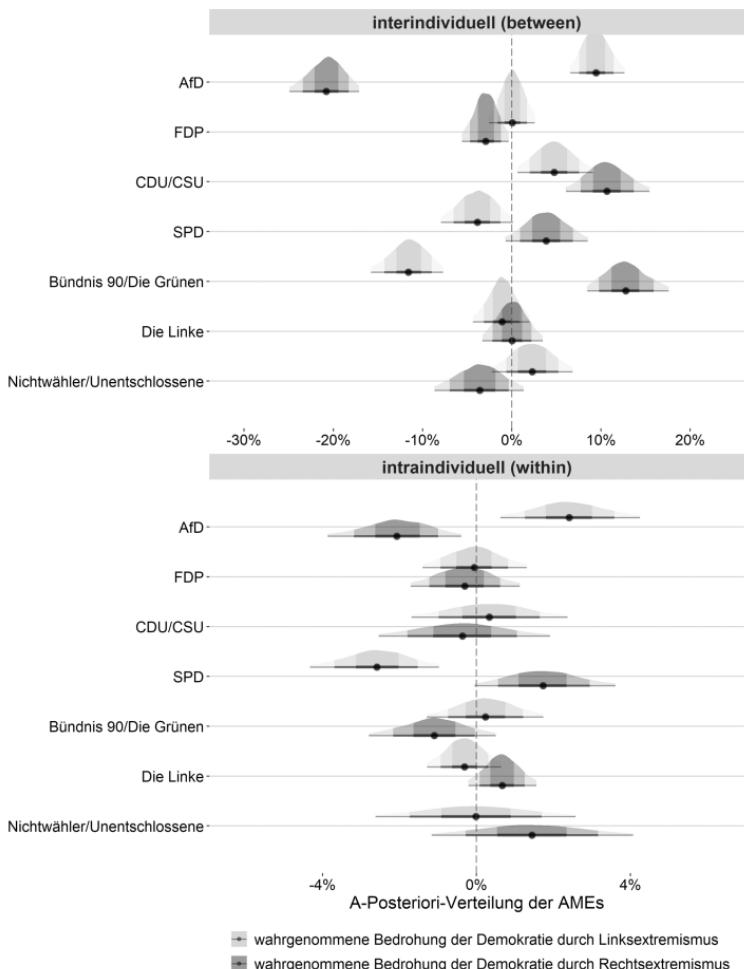
renzverschiebung infolge sich verändernder politischer Kriminalitätsfurcht nicht ausschließlich der Logik sachthemenorientierten Wählens. Vielmehr spielen auch andere Faktoren des kompetitiven Parteienwettbewerbs wie die Parteineigung, Kandidatenpräferenzen oder die generelle ideologische Nähe zu einer Partei eine Rolle. Besonders deutlich wird das bei der wahrgenommenen Zunahme linksextremer Straftaten und H3, die in ihrer ursprünglich formulierten Form für die intraindividuelle Perspektive nicht bestätigt werden kann.

Die Robustheit all dieser Befunde wurde wie schon bei H1 mit einem zweiten Indikator für politische Kriminalitätsfurcht, nämlich der wahrgenommenen Bedrohung der Demokratie, geprüft (siehe Abbildung 4). Die Between-Effekte des Niveaus links- und rechtsextremer Bedrohungswahrnehmung zeigen ein nahezu identisches Zusammenhangsmuster mit der Wahlabsicht wie die beiden Indikatoren zur wahrgenommenen PMK-Entwicklung. Die Effektstärken fallen bei den Robustheitsanalysen teils sogar noch stärker aus (z. B. bei der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit für die AfD). Auch hinsichtlich der Within-Effekte zeigen sich mit der PMK-Wahrnehmung vergleichbare Zusammenhänge – sowohl für Links- als auch für Rechtsextremismus. Der auffälligste Unterschied besteht darin, dass die Wahlabsichtswahrscheinlichkeit für die AfD hier doch gemäß den theoretischen Erwartungen steigt, sobald eine größere linksextremistische Bedrohung für die Demokratie wahrgenommen wird. Bei der linksextremen PMK-Entwicklung zeigt sich dieser Effekt nicht. Womöglich liegt die Ursache für diesen Unterschied in der Frageformulierung des Items begründet, bei dem der Fokus auf die Bedrohung der demokratischen Ordnung gelegt wird. Dadurch könnten über linksextreme Straftaten hinausgehende Assoziationen geweckt worden sein, welche die Wahlabsicht für die AfD zusätzlich gestärkt haben könnten.¹⁵

In der Gesamtschau intra- und interindividueller Zusammenhänge ist das Bild uneinheitlich. Die Befundlagen deuten insgesamt darauf hin, dass H2 und H3 nicht vorschnell zugunsten der Nullhypothese verworfen werden sollten: Es gibt durchaus Hinweise darauf, dass linke Parteien von spezifischer Furcht vor Extremismus und PMK von rechts profitieren (H2). Ebenso scheint das wahrgenommene Anwachsen linksextremistischer Bestrebungen und linker PMK eher die Wahlabsicht für Parteien des rechten Spektrums zu stärken (H3). Erst recht gibt es deutlich mehr Evidenzen für diese beiden Hypothesen als für H1, der zufolge die wahrgenommene Zu-

15 Siehe hierzu auch Fußnote 14.

Abbildung 4: Änderung der durchschnittlichen Wahlabsichtswahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der wahrgenommenen Bedrohung durch Linksextremismus und Rechtsextremismus



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte (»average marginal effects«, AME) der wahrgenommenen Bedrohung durch Linksextremismus und Rechtsextremismus auf die Wahlabsicht zwischen Personen (oben) und innerhalb von Personen über die Zeit (unten). Es wurde für beide Indikatoren ein gemeinsames Modell geschätzt. Die schwarzen Punkte entsprechen dem Mittelwert der jeweiligen A-posteriori-Verteilungen, die Intervalle und Dichtediagramme zeigen von der dunklen zur hellen Schattierung gehend das jeweilige 50-, 80- und 95-prozentige Kredibilitätsintervall. Verteilungen rechts der Nulllinie zeigen eine Zunahme und links der Nulllinie eine Abnahme der Wahlabsichtswahrscheinlichkeit. Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der PaWaKS-Daten.

nahme politischer Kriminalität gleich welcher extremistischen Spielart zu wachsender Unterstützung für Parteien der politischen Mitte führt (H1).

Daraus lässt sich schließen, dass es sich bei Extremismus und PMK eher um Positionsthemen handelt, die auch innerhalb der gemäßigteren Parteienschaft umstritten sind. Ausweislich der hier präsentierten Befunde scheint es nicht so zu sein, dass ein steigendes Niveau politischer Kriminalitätsfurcht zu einem Erstarken der moderaten politischen Parteien führen würde, weil jene ihre Kompetenz im Kampf gegen jede Form von Extremismus besonders glaubhaft machen könnten. Stattdessen differenzieren die Bürger:innen offenkundig stärker nach der politischen Ausrichtung des von ihnen gefürchteten Extremismus und schreiben dessen noch als wählbar erscheinenden ideologischen Widersachern im Parteiensystem die größten Kompetenzen zu.

5. Fazit und Diskussion: Politische Kriminalitätsfurcht als Positionsissue

Die vorliegende Studie untersucht den Einfluss von politischer Kriminalitätsfurcht auf das Wahlverhalten. Dabei wurde die Sorge vor Rechts- und Linksextremismus sowie vor politisch motivierter Kriminalität (PMK) betrachtet und deren Einfluss auf die Wahlabsichten für verschiedene politische Parteien analysiert. Die Daten stammen aus der PaWaKS-Studie, die über mehrere Wellen hinweg Wahlabsichten und Bedrohungswahrnehmungen erhoben hat.

Wie die Analyse gezeigt hat, beeinflusst politische Kriminalitätsfurcht die Wahlabsicht der Bürger:innen. Personen, die eine starke Bedrohung durch Extremismus und PMK wahrnehmen, neigen augenscheinlich dazu, Parteien zu unterstützen, die sie als kompetent in der Bekämpfung dieser Bedrohungen wahrnehmen. Dabei unterscheiden sich die Reaktionen auf rechts- und linksextreme Bedrohungen in ihrer Wirkung auf die Wahlabsichten deutlich. Von der Sorge vor Rechtsextremismus bzw. rechter PMK profitieren tendenziell eher moderate und linke Parteien, während eine entsprechende Bedrohungswahrnehmung bei linkem Extremismus eher moderaten und konservativen Parteien nützt. Nicht erhärtet hat sich hingegen die theoretische Vermutung, dass von einer allgemeinen politischen Kriminalitätsfurcht – verstanden als eine Sorge vor einer Bedrohung der Demokratie durch gleich welchen Extremismus bzw. PMK – Parteien der politischen Mitte profitieren.

Diese Befundstruktur legt den Schluss nahe, dass Extremismus und politisch motivierte Gewalt eher die Eigenschaften von Positions- als von

Valenzissues haben. Handelte es sich um Valenzissues, würden Parteien der politischen Mitte stärker von jedweder politischer Kriminalitätsfurcht profitieren, weil ihnen eine besondere Problemlösungskapazität beim Umgang mit Bedrohungen der demokratischen Ordnung zuzuschreiben wäre. Radikaleren Parteien dürfte erhöhte politische Kriminalitätsfurcht indes eher schaden, weil die Sorge vor Extremismus eben ein Anwachsen der Unterstützung für Parteien der politischen Mitte bewirkte. Diese theoretische Erwartung deckt sich aber nicht mit den Befunden. Stattdessen bleibt der Abwehrkampf gegen Extremismus offenbar weitgehend in ideologischen Konfliktlinien verhaftet. Politische Kriminalitätsfurcht ist mithin nicht exogen, sondern wird anscheinend selbst von bestehenden politischen Überzeugungen beeinflusst.

Die Befundbilder bei vergleichenden Analysen zwischen Personen liefern dafür einsteils klare Evidenzen: Eine stärkere Wahrnehmung zunehmender linker PMK erhöht die Wahrscheinlichkeit, die AfD und CDU/CSU zu wählen, während gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit sinkt, Parteien des linken Spektrums wie die Grünen, SPD und Linkspartei wählen zu wollen. Personen, die eine starke Zunahme rechtsextremer Straftaten wahrnehmen, würden hingegen eher die SPD oder Bündnis 90/Die Grünen wählen und im Mittel seltener zur AfD neigen. Analysen zu Veränderungen der Wahlabsicht *innerhalb* von Personen über die Zeit fördern andernteils weniger eindeutige Befunde zutage. So ist es keineswegs so, dass von der Furcht vor Rechtsextremismus zuverlässig alle linken Parteien profitieren und andersherum. So führt eine verstärkte Bedrohungswahrnehmung einer Person bei rechter PMK zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit, die SPD wählen zu wollen, während die Wahlabsicht für die AfD abnimmt. Eine wahrgenommene Bedrohung durch Linksextremismus erhöht hingegen vor allem die Wahrscheinlichkeit, dass die Wähler:innen sich für die Grünen oder für die Gruppe der Nichtwähler:innen/Unentschlossenen entscheiden. Gleichzeitig nimmt die Wahlabsicht für die SPD und Die Linke leicht ab.

Diese Befunde sind wiederum wenig überraschend, weil intrapersonale Präferenzen sich oft nicht eruptiv, sondern eher graduell innerhalb eines bestimmten ideologischen Möglichkeitsraums verändern werden. Es ist deshalb unwahrscheinlich, dass eine zunächst politisch konservative Person plötzlich eine linke Partei wählen wird, weil sie Rechtsextremismus mehr als zuvor als Bedrohung wahrnimmt. Stattdessen kommt es ausweislich der hier vorgelegten Befunde in solchen Fällen nicht selten zu einer Demobilisierung solcher Wählerinnen und Wähler hinein in das Lager der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen. Das gilt sowohl für politische Kriminalitätsfurcht vor Linksextremismus als auch vor Rechtsextremismus. Insbesondere hat sich dieser Effekt jedoch bei potenziellen Wählern der AfD

gezeigt. Steigt ihre Bedrohungswahrnehmung im Hinblick auf rechte PMK, ist es klar wahrscheinlicher, dass sie (wieder) zu Nichtwähler:innen werden, als dass sie eine andere Partei wählen – ein weiterer Hinweis auf das vergleichsweise geschlossene Elektorat der AfD (Lewandowsky & Wagner, 2023).

Nichtwähler:innen und Unentschlossene standen zwar nicht im Fokus dieser Untersuchung, weil sich die theoretischen Hypothesen nicht auf sie richteten. Dennoch birgt die Studie auch über die vorgenannten Einsichten hinaus einige interessante Befunde zu diesen – für diese Studie zusammengefassten – Gruppen. So scheint eine höhere Problemwahrnehmung im Hinblick auf Extremismus einen mobilisierenden (interpersonellen!) Effekt dergestalt zu haben, dass solche Wahrnehmungen die Wahrscheinlichkeit reduzieren, zum Lager der Nichtwähler:innen und Unentschlossenen zu gehören. Allerdings scheint dies für Linksextremismus mehr zu gelten als für Rechtsextremismus. Unentschlossene und wohl vor allem Nichtwähler:innen lassen sich also offenkundig derzeit eher für den Kampf gegen Links- als für den gegen Rechtsextremismus mobilisieren. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass unter Nichtwähler:innen derzeit nur geringe Potenziale für etablierte linke Parteien zu finden sind im Vergleich zu konservativen bzw. rechten Parteien.

Bei der Generalisierung all dieser Befunde über die vorliegenden Daten hinaus ist jedoch aus mindestens drei Gründen Vorsicht geboten. Erstens waren im Zuge der Operationalisierung sowie bei der Aufbereitung der Daten für die Analysen einige Entscheidungen zu treffen, die nicht ohne Konsequenzen für die Analysen und deren Befunde geblieben sein dürften. So ist die »Sonntagsfrage« keine zuverlässige Messung des tatsächlichen Wahlverhaltens und aufgrund sozialer Erwünschtheit für manche Parteien wie die AfD nicht einmal der Wahlabsicht (Gschwend et al., 2018). Ob sich mit den genutzten Items ferner das hier eingeführte Konzept der politischen Kriminalitätsfurcht valide messen lässt, muss in zukünftiger Forschung kritisch geprüft werden. Zweitens beeinträchtigt die hohe Panelmortalität von insgesamt 80 Prozent bis zur vierten Welle die Ergebnisse. So scheint es einen überproportionalen Weggang von potenziellen AfD-Wähler:innen vor allem zwischen der dritten und vierten Welle gegeben zu haben, der vor allem die intraindividuellen Zusammenhänge systematisch verzerrt haben könnte. Unklar bleibt an dieser Stelle, in welcher Weise und wie stark sich diese sowie weitere Verzerrungen auf die Analysen auswirkten. Drittens lieferten die Analysen – wohl auch aufgrund der durch die Variablenverfügbarkeit geringen Zahl an nutzbaren Befragungswellen – ein nicht immer eindeutiges Befundbild. Vor allem die intraindividuellen Effekte blieben oft schwach, statistisch unsicher und zwischen den beiden Indikatoren der

politischen Kriminalitätsfurcht teils widersprüchlich. Zukünftige Studien an der Schnittstelle von Kriminologie, Politikwissenschaft und politischer Soziologie sollten diesen kausalen Nexus deshalb weiter erkunden.

Dennoch bietet die Studie wertvolle und neuartige Einblicke in die Wirkungszusammenhänge zwischen politischer Kriminalitäts- bzw. Extremismusfurcht und dem Wahlverhalten. Sie bietet damit konkrete Anhaltpunkte für die zukünftige Forschung, nicht zuletzt in Form von Replikationsversuchen der hier unternommenen Analysen sowie von Tests der Generalisierbarkeit auf andere Gesellschaften und Kontexte. Insbesondere aber hat sie inhaltlich eines klar zeigen können: Der Kampf gegen Extremismus und politisch motivierte Kriminalität scheint für die Wähler:innen derzeit kein Valenzissue zu sein, hinter dem sich alle demokratischen Kräfte versammeln könnten. Stattdessen ist der Abwehrkampf gegen die Feinde der Demokratie allem Anschein nach vorrangig ein Positionsissue, das entlang etablierter ideologischer Konfliktlinien verhandelt wird: Um den Rechtsextremismus sorgen sich eher Linke, um den Linksextremismus eher Rechte. So einleuchtend und trivial diese Aussage wirken mag, bedeutet sie doch, dass der Kampf gegen die Feinde der Demokratie allzu stark von den Rationalitäten des ideologischen Parteienwettbewerbs überlagert wird. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung könnte es für die wehrhafte Demokratie bessere Nachrichten geben.

Referenzen

- Anderson, C. J. (2007). The End of Economic Voting? Contingency Dilemmas and the Limits of Democratic Accountability. *Annual Review of Political Science*, 10(1), 271–296. <https://doi.org/10.1146/annurev.polisci.10.050806.155344>
- Arzheimer, K., & Schmitt, A. (2014). Der ökonomische Ansatz. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 331–403). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_8
- Backes, U. (2001). Gestalt und Bedeutung des intellektuellen Rechtsextremismus in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B46, 24–30.
- Bell, A., & Jones, K. (2015). Explaining Fixed Effects: Random Effects Modeling of Time-Series Cross-Sectional and Panel Data. *Political Science Research and Methods*, 3(1), 133–153. <https://doi.org/10.1017/psrm.2014.7>
- Bell, A., Jones, K., & Fairbrother, M. (2018). Understanding and misunderstanding group mean centering: a commentary on Kelley et al.'s dangerous practice. *Quality & Quantity*, 52(5), 2031–2036. <https://doi.org/10.1007/s11135-017-0593-5>
- Browne, W. J., Subramanian, S. V., Jones, K., & Goldstein, H. (2005). Variance Partitioning in Multilevel Logistic Models that Exhibit Overdispersion. *Journal*

- of the Royal Statistical Society Series A: Statistics in Society, 168(3), 599–613. <https://doi.org/10.1111/j.1467-985X.2004.00365.x>.
- Budge, I. (1994). A New Spatial Theory of Party Competition: Uncertainty, Ideology and Policy Equilibria Viewed Comparatively and Temporally. *British Journal of Political Science*, 24(4), 443–467. https://ideas.repec.org/a/cup/bjposi/v24y1994i04p443-467_00.html
- Budge, I., & Farlie, D. (1983). Party Competition – Selective Emphasis or Direct Confrontation? An Alternative View with Data. In H. Daalder & P. Mair (Hrsg.), *Western European party systems: Continuity and change* (S. 267–305). Sage.
- Bürkner, P.-C. (2017). brms: An R Package for Bayesian Multilevel Models Using Stan. *Journal of Statistical Software*, 80(1), 1–28. <https://doi.org/10.18637/jss.v080.i01>
- Bürkner, P.-C. (2018). Advanced Bayesian Multilevel Modeling with the R Package brms. *The R Journal*, 10(1), 395–411. <https://doi.org/10.32614/RJ-2018-017>
- Campbell, A., Converse, P. E., Miller, W. E., & Stokes, D. E. (1980). *The American voter. Midway reprint* (ungek. Aufl.). Chicago: University of Chicago Press.
- Clarke, H. D., Stewart, M. C., & Whiteley, P. F. (2002). Emotions, expectations and the dynamics of party support in Britain. In H. Dorussen & M. Taylor (Hrsg.), *Economic Voting* (S. 235–260). Abingdon: Taylor and Francis.
- Dinas, E., & van Spanje, J. (2011). Crime Story: The role of crime and immigration in the anti-immigration vote. *Electoral Studies*, 30(4), 658–671. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2011.06.010>
- Dorussen, H., & Taylor, M. (2002). Group economic voting: A comparison of the Netherlands and Germany. In H. Dorussen & M. Taylor (Hrsg.), *Economic Voting* (S. 92–120). Abingdon: Taylor and Francis.
- Eager, C., & Roy, J. (2017). *Mixed Effects Models are Sometimes Terrible*. <http://arxiv.org/pdf/1701.04858>
- Fiorina, M. P. (1981). *Retrospective voting in American national elections*. New Haven: Yale University Press.
- Fitzgerald, J., Curtis, K. A., & Corliss, C. L. (2012). Anxious Publics. *Comparative Political Studies*, 45(4), 477–506. <https://doi.org/10.1177/0010414011421768>
- Gelman, A. (2008). Scaling regression inputs by dividing by two standard deviations. *Statistics in Medicine*, 27(15), 2865–2873.
- Goertz, S., & Goertz-Neumann, M. (2018). *Politisch motivierte Kriminalität und Radikalisierung* (Grundlagen – die Schriftenreihe der Kriminalistik). Heidelberg: C. F. Müller.
- Gomez, B. T., & Wilson, J. M. (2001). Political Sophistication and Economic Voting in the American Electorate: A Theory of Heterogeneous Attribution. *American Journal of Political Science*, 45(4), 899–914.

- Gomez, B. T., & Wilson, J. M. (2003). Causal Attribution and Economic Voting in American Congressional Elections. *Political Research Quarterly*, 56(3), 271–282.
- Gschwend, T., Juhl, S., & Lehrer, R. (2018). Die »Sonntagsfrage«, soziale Erwünschtheit und die AfD: Wie alternative Messmethoden der Politikwissenschaft weiterhelfen können. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(3), 493–519.
- Hamaker, E. L., Kuiper, R. M., & Grasman, R. P. P. P. (2015). A critique of the cross-lagged panel model. *Psychological Methods*, 20(1), 102–116. <https://doi.org/10.1037/a0038889>
- Healy, A., & Malhotra, N. (2013). Retrospective Voting Reconsidered. *Annual Review of Political Science*, 16(1), 285–306. <https://doi.org/10.1146/annurev-polisci-032211-212920>
- Hox, J. J., Moerbeek, M., & van Schoot, R. de (2017). *Multilevel analysis. Techniques and applications* (3. Aufl.; Quantitative methodology series). New York: Routledge.
- Jackman, S. (2009). *Bayesian Analysis for the Social Sciences* (Wiley Series in Probability and Statistics). Chichester: John Wiley & Sons. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/book/10.1002/9780470686621> <https://doi.org/10.1002/9780470686621>
- Kreuter, F. (2002). *Kriminalitätsfurcht. Messung und methodische Probleme*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-10562-6>
- Kruschke, J. (2014). *Doing Bayesian data analysis. A tutorial introduction with R*. Amsterdam: Elsevier Science & Technology. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5754481>
- Lachat, R. (2014). Issue Ownership and the Vote: The Effects of Associative and Competence Ownership on Issue Voting. *Swiss Political Science Review*, 20(4), 727–740. <https://doi.org/10.1111/spsr.12121>
- Lazarsfeld, P. F., Berelson, B., & Gaudet, H. (1944). *The People's Choice. How the Voter Makes up His Mind in a Presidential Campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lewandowsky, M., & Wagner, A. (2023). Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany. *Representation*, 59(3), 485–512. <https://doi.org/10.1080/00344893.2022.2091012>
- Lüdecke, D., Ben-Shachar, M. S., Patil, I., Waggoner, P., & Makowski, D. (2021). performance: An R Package for Assessment, Comparison and Testing of Statistical Models. *Journal of Open Source Software*, 6(60), 3139. <https://doi.org/10.21105/joss.03139>
- Melcher, R. (2018). I'm still here: Elektorale Erfolgsbedingungen der NPD in Gemeinden Sachsens. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 12(2), 365–397. <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0383-z>
- Melcher, R., Meißelbach, C., Schöne, M., Thieme, T., & Anter, L. (2024 i. E.). *Kriminalitätsfurcht und deren Ursachen*.

- Miller, W. E., & Shanks, J. M. (1996). *The new American voter*. Cambridge, Mass.: Cambridge University Press.
- Mudde, C. (2007). *Populist radical right parties in Europe*. Cambridge, Mass. et al.: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511492037>
- Mulder, J. D., & Hamaker, E. L. (2021). Three Extensions of the Random Intercept Cross-Lagged Panel Model. *Structural Equation Modeling. A Multidisciplinary Journal*, 28(4), 638–648. <https://doi.org/10.1080/10705511.2020.1784738>
- Oravecz, Z., & Muth, C. (2018). Fitting growth curve models in the Bayesian framework. *Psychonomic Bulletin & Review*, 25(1), 235–255. <https://doi.org/10.3758/s13423-017-1281-0>
- Peffley, M., & Williams, J. T. (1985). Attributing Presidential Responsibility for National Economic Problems. *American Politics Quarterly*, 13(4), 393–425. <https://doi.org/10.1177/1532673X8501300402>
- Rydgren, J., & Ruth, P. (2011). Voting for the Radical Right in Swedish Municipalities: Social Marginality and Ethnic Competition? *Scandinavian Political Studies*, 34(3), 202–225. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2011.00269.x>
- Schoen, H., & Weins, C. (2014). Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 241–329). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_7
- Schuermans, N., & Maesschalck, F. de (2010). Fear of crime as a political weapon: explaining the rise of extreme right politics in the Flemish countryside. *Social & Cultural Geography*, 11(3), 247–262. <https://doi.org/10.1080/14649361003637190>
- Selig, J. P., & Little, T. D. (2013). Autoregressive and Cross-Lagged Panel Analysis for Longitudinal Data. In B. Laursen, T. D. Little & N. A. Card (Hrsg.), *Handbook of Developmental Research Methods* (S. 265–278). The Guilford Press.
- Singer, J. P. (2004). Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. *Kriminalistik*, 58(1), 32–37.
- Smith, J. M. (2010). Does Crime Pay? Issue Ownership, Political Opportunity, and the Populist Right in Western Europe. *Comparative Political Studies*, 43(11), 1471–1498. <https://doi.org/10.1177/0010414010372593>
- Stan Development Team (2024). *RStan: the R interface to Stan*. <https://mc-stan.org/>
- Stokes, D. E. (1963). Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review*, 57(2), 368–377. <https://doi.org/10.2307/1952828>
- Wagner, A. (2013). *Die Mikrofundierung von Duvergers Gesetz. Strategisches Wahlverhalten als Wirkungsweise politischer Institutionen* (Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 24). Baden-Baden: Nomos.
- Wagner, A. (2017). A micro perspective on political competition: Electoral availability in the European electorates. *Acta Politica*, 52(4), 502–520. <https://doi.org/10.1057/s41269-016-0028-7>
- Wagner, A., & Giebler, H. (2015). It's the responsibility, stupid! In M. Steinbrenner, E. Bytzek, U. Rosar & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* (S. 11–30). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_1

chende Politikwissenschaft Special Issue, Bd. 5: Europa, europäische Integration und Eurokrise: Öffentliche Meinung, politische Einstellungen und politisches Verhalten im Mehrebenensystem der Europäischen Union (S. 123–142). Wiesbaden: Springer VS.

